

Urs Müller-Plantenberg

Der andere 11. September und die Folgen: 40 Jahre nach dem Putsch in Chile

Der Terroranschlag auf die Türme des World Trade Center in New York am 11. September 2001 hat es geschafft, die Erinnerung an den anderen 11. September, den Tag des Militärputsches in Chile im Jahre 1973 weitgehend zu verdecken. Dabei war dieser Putsch eines der großen, weil einschneidenden Ereignisse in der Entwicklung Lateinamerikas und der Welt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Zwar war die Beseitigung demokratisch gewählter Regierungen durch das Militär seit Mitte der sechziger Jahre in Lateinamerika – in Mittelamerika sogar noch weit früher – eher die Regel als die Ausnahme gewesen. Nur im autoritär regierten Mexiko, in Costa Rica, Kolumbien und Venezuela blieb die demokratische Hülle einigermaßen erhalten. Während aber die Generäle in den anderen Ländern die eher schwachen demokratischen Institutionen mühelos beiseite räumen konnten, ohne – in der Zeit des Vietnamkriegs – viel Aufsehen zu erregen, sah die Sache in Chile ganz anders aus, weil sich dort in den drei Jahren seit 1970 eine breite Koalition mehr oder weniger linker Parteien daran gemacht hatte, auf dem Weg über demokratische Wahlen die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen gründlich zu verändern und so die Grundlagen für ein sozialistisches Gemeinwesen zu legen. Das bezeichnete diese Koalition, die sich *Unidad Popular* („Volkseinheit“) nannte, als den „chilenischen Weg zum Sozialismus“.

Die Unidad Popular

Dieses Vorhaben wurde in der ganzen Welt als etwas Besonderes wahrgenommen, teils mit Begeisterung, teils mit Schrecken. Mit Begeisterung, weil es schien, dass hier aus der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft heraus eine andere Welt möglich werden sollte und dass der dabei entstehende Sozialismus ohne die Zwangsmethoden würde auskommen können, ohne die der „real existierende

Sozialismus“ in den Ländern Mittel- und Osteuropas und Ostasiens offenbar nicht real existieren konnte. Der „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, den die tschechischen und slowakischen Kommunisten 1968 erträumt hatten und der ihnen von den so genannten „Bruderländern“ verwehrt worden war, hier schien er nun doch Wirklichkeit werden zu sollen, gewissermaßen von der anderen Seite her. Die „eurokommunistischen“ Führer der Parteien Italiens, Frankreichs und anderer Länder begannen, im „chilenischen Weg zum Sozialismus“ ein Modell zu sehen.

Das Vorhaben wurde aber auch mit Schrecken betrachtet. Sein Gelingen würde, so fürchteten die antisozialistischen Kräfte in aller Welt, zur Zunahme der Klassenkämpfe führen, die wirtschaftliche Freiheit bedrohen und so den Kapitalismus, die wesentliche Grundlage der westlichen Welt, in schwere Probleme bringen. Henry Kissinger, dem Sicherheitsberater des US-Präsidenten Richard Nixon, wird das folgende Zitat zugeschrieben: „Ich sehe nicht ein, warum wir nichts tun und zusehen sollten, wie ein Land durch die Unverantwortlichkeit seines eigenen Volkes kommunistisch wird. Die Angelegenheiten sind viel zu wichtig, als dass sie den chilenischen Wählern zur Entscheidung überlassen werden könnten.“ Und Edward M. Korry, Botschafter der USA in Chile, schrieb 1970 nach dem Wahlsieg des Sozialisten Salvador Allende: „Nicht das kleinste bisschen soll Chile unter Allende erreichen. Sobald Allende an der Macht ist, sollten wir alles in unserer Macht stehende tun, um Chile und alle Chilenen zu äußerster Entbehrung und Armut zu verdammen.“

Vor der Bestätigung Allendes durch den chilenischen Kongress wurde denn auch massiver Druck von Seiten der US-Regierung und der CIA auf die Christdemokraten ausgeübt, um sie daran zu hindern, für Allende zu stimmen. Kurz vor dieser Abstimmung wurde der verfassungstreue Generalstabschef René Schneider von einer Verschwörergruppe ermordet, die von einem rechtsextremen chilenischen Offizier angeführt wurde und die von der CIA mit Maschinengewehren und Tränengasgranaten ausgestattet worden war. Das Ziel war schon damals ein provoziertes Militärputsch.

Das Programm, das sich die zunächst sechs, dann sieben Parteien der *Unidad Popular* gegeben hatten und dessen Durchsetzung sie zügig in Angriff nahmen, war nun keineswegs im engeren Sinne sozialistisch. Neben einer ganzen Reihe von sozialen Maßnahmen, von denen der tägliche halbe Liter Milch für jedes Kind die bekannteste wurde, hatte es vor allem drei Stoßrichtungen, eine antioligarchische, eine antimonopolistische und eine antiimperialistische, aber keine antikapitalistische. Dabei waren die Formulierungen so gewählt, dass sie sowohl sehr radikal als auch sehr gemäßigt ausgelegt werden konnten, wobei die Mehrheit der Sozialistischen Partei, die „Bewegung der einheitlichen Volksaktion“ MAPU und die Christliche Linke eine eher radikale Umsetzung anstrebten, die

(kleinbürgerliche) Radikale Partei und die starke Kommunistische Partei – zur erhofften Befriedung der Mittelschichten – eine eher gemäßigte.

Der größte und leichteste Erfolg gelang der Regierung schon sehr schnell mit ihrem antiimperialistischen Programmpunkt, der fast entschädigungslosen Enteignung der beiden großen US-amerikanischen Konzerne des Großkupferbergbaus Anaconda und Kennecott durch einen einstimmigen Beschluss des Kongresses, dem sich auch die rechte Nationale Partei nicht zu verweigern traute. Erhebliche Widerstände von Seiten der Großgrundbesitzer gab es dagegen bei der als antioligarchisch verstandenen Vertiefung und Beschleunigung der Agrarreform, die von der christdemokratischen Vorgängerregierung des Präsidenten Eduardo Frei (1964 bis 1970) begonnen worden war. Und am stärksten war der Widerstand gegen die als antimonopolistisch bezeichnete Enteignung der großen nationalen Industriebetriebe, weil sie nicht per Gesetz beschlossen wurde, sondern – unter Ausnutzung von Gesetzeslücken – mit Versäumnissen der Leitung begründet wurde. In den so enteigneten Betrieben erhielten die Arbeiterinnen und Arbeiter weitgehende Rechte der Mit- und Selbstverwaltung, mit denen sie sich als Organe der entstehenden „Volksmacht“ verstehen konnten.

Das erste Jahr der Präsidentschaft Allendes brachte für die Politik der *Unidad Popular* erhebliche Erfolge. Die von Wirtschaftsminister Pedro Vuskovic vorangetriebene Umverteilung der Einkommen – vor allem durch starke Lohnerhöhungen – führte zu einer starken Steigerung der Nachfrage, die sich in hohem Wachstum niederschlug, wobei sogar die Inflationsrate sank. Das schlug sich bei den Gemeindewahlen von Anfang 1971 in starken Gewinnen der *Unidad Popular* nieder. Die Parteien der Koalition holten sich jetzt die Hälfte der abgegebenen Stimmen. Und die kluge Politik des Außenministers Clodomiro Almeyda verschaffte dem Land hohes Ansehen in der ganzen Welt.

Diese positive Entwicklung brach dann 1972 erst allmählich und dann immer heftiger ab. Die nationale Produktion von einfachen Konsumgütern stieß bei der gestiegenen Nachfrage an ihre Grenzen, was zu immer häufigeren Versorgungsengpässen und einer schnell steigenden Inflation führte. Jetzt ergab sich das, worauf die nationale Rechte und die US-Regierung ihr Trachten gerichtet hatten: Die Versorgungsengpässe konnten genutzt werden, um die Unzufriedenheit der Mittelschichten zum Sieden zu bringen und sie zum aktiven politischen Kampf zu ermuntern. Sturmspitze der Opposition waren die Fuhrunternehmer, die im Oktober 1972 mit einem lang andauernden Streik das ganze Land lahmzulegen versuchten. Die Kongresswahlen von März 1973 konnten zwar noch geordnet stattfinden und zeigten, dass die *Unidad Popular* ihre bisherige Stärke im Kongress wahren konnte; aber von jetzt ab wurde Chile zum Laboratorium des Klassenkampfes, in dem alle Mittel – von Seiten der Rechten bis hin zum Terror – erlaubt schienen und auch benutzt wurden. Der Versuch Allendes,

durch Beteiligung von führenden Militärs und Gewerkschaften eine Befriedung herbeizuführen, brachte letztlich keine Ergebnisse.

Die amerikanische Regierung war insofern Partei in diesem Streit, als sie alle ihre Möglichkeiten benutzte, Chile von allen internationalen Krediten, die für Einfuhren benötigt wurden, möglichst auszuschließen. Dabei fehlte der Regierung Allende für das Jahr 1973 nur der – von 2013 aus gesehen – unvorstellbar kleine Betrag von 300 Millionen US-Dollar.

Der Militärputsch

General Augusto Pinochet, Oberbefehlshaber des Heeres, der sich nach dem Militärputsch zum Vorsitzenden der Militärjunta und später zum Präsidenten Chiles aufgeschwungen hat, berichtete in seinen Memoiren, dass der relative Erfolg der *Unidad Popular* bei den Kongresswahlen vom März 1973 in ihm den Entschluss habe reifen lassen, sein Land durch einen militärischen Schlag zu retten. Propagandistisch begründet würde der Putsch mit angeblichen Anzeichen der Vorbereitung einer Diktatur durch die *Unidad Popular*.

Der Schlag gegen die Demokratie wurde von den Militärs mit bis dahin beispielloser Härte geführt. Die Moneda, der Präsidentenpalast in Santiago, wurde bombardiert, bis sich Salvador Allende darin das Leben nahm. Gemäß der Devise des Luftwaffen-Junta-Generals Gustavo Leigh, dass „der marxistische Krebs ausgemerzt werden“ müsse, richtete sich die Verfolgung vor allem gegen die Sozialistische und die Kommunistische Partei sowie gegen die „Linksrevolutionäre Bewegung“ MIR, die Allendes Koalition von außen kritisch begleitet hatte. In mehr als 3.000 Fällen weiß man heute von Ermordungen und Verhaftungen von Leuten, die dann verschwunden sind. Mindestens 12.000 Leute sind gefoltert worden, Hunderttausende mussten wegen Gefahr für Leib und Leben Chile verlassen. Selbstverständlich wurden alle politischen Parteien verboten und alle Gewerkschaftsfunktionäre aus ihren Posten entfernt.

Diese mitleidlose Repression, wie sie in den Folgejahren in Argentinien, Uruguay und Guatemala sogar noch übertroffen wurde, hat dazu geführt, dass das Ansehen der chilenischen Militärjunta in aller Welt abgrundtief schlecht war. Obwohl die argentinischen Junta-Generäle nach dem dortigen Militärputsch zehnmal so viele Menschen umbringen ließen, unterhielten sie beispielsweise weitaus bessere Beziehungen zur Sowjetunion, weil sie das US-amerikanische Weizenembargo unterliefen. Mit den chilenischen Militärs wollten die westlichen Länder möglichst wenig, die kommunistisch regierten Länder – mit Ausnahme Chinas – gar nichts zu tun haben. Chile blieb in der Welt isoliert, und nur Leute wie der CDU-Generalsekretär Bruno Heck, der CSU-Vorsitzende Franz Josef

Strauss und einige führende FDP-Politiker meinten, die chilenischen Militärs loben zu müssen.

Die katholische Kirche unterhielt während der siebzehn Jahre Militärdiktatur ein Solidaritätsvikariat, das den Hinterbliebenen und Gefolterten, so gut es ging, Hilfe leistete. Große Bedeutung für die Verfolgten und die chilenischen Flüchtlinge hatte aber auch die internationale Solidaritätsbewegung. Überall in den westlichen Demokratien wurden Solidaritätskomitees gegründet, Spenden für die Opposition gesammelt, Flüchtlinge zunächst mit dem Nötigsten und dann mit Wohnungen und Arbeitsplätzen versorgt. In den kommunistisch regierten Ländern geschah Gleiches, allerdings nicht als Ergebnis sozialer Eigeninitiative, sondern vom Staat organisiert, verwaltet und kontrolliert.

Aber nicht nur die beispiellose Zerstörung einer Demokratie, die auf dem Weg zum Sozialismus zu sein schien, und nicht nur die besonders hässliche Brutalität der putschenden Militärs hat dafür gesorgt, dass die Entwicklung Chiles nach 1970 so viel Aufsehen erregt hat und zum Gegenstand so vieler Analysen geworden ist. Vor allem ist Chile auch das Land, in dem die Rezepte des wirtschaftspolitischen Neoliberalismus zum ersten Mal – und lange vor Margaret Thatcher und Ronald Reagan – in voller Breite und ohne spürbaren Widerstand ausprobiert und angewandt worden sind.

Die Chicago Boys

Wenn von der Durchsetzung des Neoliberalismus in Chile die Rede ist, so wird häufig genug davon ausgegangen, dass diese Durchsetzung das erklärte Ziel der putschenden Militärs gewesen sei. Nichts falscher als das.

Im Moment des Putsches gab es zwar schon einen fertigen Plan für eine neoliberale Transformation der Wirtschaft, aber er war den Militärs nicht bekannt. Pinochet und seine Kollegen hatten kein klar ausgearbeitetes Regierungsprojekt. Die Streitkräfte hatten keinerlei Regierungserfahrung, und ihr Putsch war zunächst nicht mehr als eine Reaktion auf die Allende-Regierung und auf die Radikalisierung der politischen und sozialen Situation, die sie als schwere Bedrohung der nationalen Sicherheit und ihrer eigenen Existenz als Institution empfanden. Die neuen Machthaber bevorzugten anfänglich im Wunsch nach internationaler Anerkennung Personen, denen sie ein hohes Prestige zuschrieben, weil diese schon unter dem Präsidenten Eduardo Frei höchste Posten bekleidet hatten.

Sehr bald aber wurde klar, dass die Militärjunta politisch mehr wollte als nur eine Wiederherstellung der Situation, wie sie vor der Wahl Allendes geherrscht hatte. Hernán Cubillos von der Geschäftsleitung der Tageszeitung *El Mercurio*, des Zentralorgans der chilenischen Großbourgeoisie, empfahl den Generälen

dann wärmstens eine Gruppe von Ökonomen, deren Mehrheit von der Universidad Católica de Chile kam und die insgeheim seit 1972 einen Plan für die Destabilisierung und den Sturz der linken Regierung ausgearbeitet hatte, der außerdem auch ein Regierungsprogramm für diesen Fall enthielt. Eine Untersuchungskommission des Senats der USA hat später bekannt gemacht, dass die Gelder für die Aktivitäten dieser Mannschaft von der CIA über Kanäle bereitgestellt wurden, die unter Beteiligung chilenischer Unternehmerorganisationen hergestellt worden waren.

Rolf Luders, prominentes Mitglied der Chicago-Gruppe in Chile, aber während dieser Periode nicht im Lande, beschrieb diese „Phantomexperten“ auf folgende Weise:

„Sicher war die besagte Arbeitsgruppe möglich und fruchtbar wegen der gemeinsamen technischen Ausbildung, die ihre Teilnehmer kennzeichnete. Um die Mitte der fünfziger Jahre hatte die Universität von Chicago ein Programm des akademischen Austauschs mit der Universidad Católica de Chile begonnen, indem sie einige ihrer Professoren zur Forschung nach Chile sandte und selbst chilenische Studenten zur Absolvierung eines Postgraduiertenstudiums empfing. Durch dieses Programm und zusätzliche Stipendien hatten zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts ungefähr hundert Studenten ihre Studien vervollständigt und mit einem Diplom der Universität von Chicago abgeschlossen. (...) Bis 1972 traten viele dieser Ökonomen – zurück in Chile – als Vollzeit-Professoren in die Universitäten ein. Einige andere übernahmen öffentliche Ämter, besonders während der Regierung Frei. Die übrigen gingen in die wichtigsten Unternehmen des Landes; aber alle bildeten eine Gemeinschaft, die sich jedes Jahr um die Generation neuer Ökonomen, die aus den chilenischen Universitäten kamen, erweiterte, eine Gemeinschaft, die sowohl eine technische Sprache und einen rationalistischen Problemlösungsansatz als auch den Wunsch gemeinsam hatte, mit ihren Kräften zu einer blühenden, gerechten und freien Gesellschaft beizutragen. Die Mehrheit dieser Ökonomen ist heute, ob es ihnen nun gefällt oder nicht, bekannt als Chicago Boys.“

Die wichtigsten Figuren der Gruppe waren: Sergio de Castro, ehemaliger Dekan der Escuela de Economía der Universidad Católica und der eigentliche Anführer der Gruppe, Pablo Baraona, Alvaro Bardón, Sergio de la Cuadra, Rolf Luders und Miguel Kast, der 1973 noch in Chicago studierte. Andere Ökonomen, die an der bald so genannten „chilenischen Wirtschaftsrevolution“ teilnahmen, waren Jorge Cauas, der an der Columbia University studiert hatte, und José Piñera von der Harvard University, beide – wie Piñeras Bruder Sebastián, der heutige Präsident Chiles – früher engliert mit den Christdemokraten.

Bis Anfang 1975 hatte die Mannschaft aus Chicago aber schwer um die Kontrolle der Wirtschaftspolitik zu kämpfen. Während dieser ersten anderthalb

Jahre nach dem Militärputsch zielte die Wirtschaftspolitik hauptsächlich auf die Korrektur der während der Allende-Regierung entstandenen Ungleichgewichte. Die mit der Wirtschaft beauftragten Militärs widmeten folglich am Anfang ihre Hauptanstrengungen dem Ausgleich des Staatshaushalts und der Verminderung der Inflation. Auch das erste vornehmlich von Zivilisten gestellte Wirtschaftsteam bekräftigte die Absicht, die Inflation durch gemäßigte Schnitte im Staatshaushalt zu vermindern, weil man fürchtete, dass drastische Lösungen katastrophale Ergebnisse zeitigen würden.

Solche katastrophalen Ergebnisse wurden dann tatsächlich mit der „Schockbehandlung“ erreicht, die im April 1975 eingeleitet wurde. Die Vorherrschaft der Chicago-Mannschaft ergab sich gleichzeitig damit. Die „schrittweise“ Inflationsbekämpfung wurde verworfen und die Kürzung des Staatshaushalts drastisch verstärkt. Diese Maßnahmen stürzten die Wirtschaft in eine tiefe Rezession, während derer das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 12,9 Prozent sank.

Zwischen 1973 und 1980 wurden buchstäblich alle Kontrollen der Regierung über die Einzelhandelspreise abgeschafft; nur die Löhne, also die Preise für die Ware Arbeitskraft, blieben streng kontrolliert.

Der Prozess der „Markttöffnung“ für ausländische Unternehmen verlief ebenso schnell. Die durchschnittlichen Einfuhrzölle wurden Schritt für Schritt von 92 auf 10 Prozent gesenkt. Gleichzeitig mit der Senkung der Zolltarife wurden auch alle Einfuhrbeschränkungen beseitigt. Ende 1976 zog sich Chile aus dem Andenpakt zurück.

Bezüglich der Reduzierung und Neuorientierung der Teilhabe des Staates an der Wirtschaft gab es drei Hauptbestrebungen: die Verkleinerung des öffentlichen Sektors, die Minimierung des regulierenden Einflusses der Regierung in der Wirtschaft und die Beseitigung der Rolle, die die Regierung in der direkten Produktion und als Organismus bei der Entwicklungsförderung spielte. Zwischen 1973 und 1979 gingen die Regierungsausgaben von 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 26 Prozent zurück. Diese Reduzierungen, die auf eine Verminderung des Haushaltsdefizits und der Inflation zielten, wurden auch beibehalten, nachdem das Defizit beseitigt war. Die Beschäftigung im Staatsapparat verminderte sich in weniger als vier Jahren um fast 20 Prozent: Die Gesamtzahl der Staatsbediensteten sank von 360.000 im Jahr 1974 auf etwas mehr als 290.000 im Jahr 1978.

Nach der Ausführung der eben beschriebenen Wirtschaftsmaßnahmen konzentrierten die Chicago Boys ihre Anstrengungen darauf, die Logik des Marktes auf die Gesamtheit der gesellschaftlichen Beziehungen auszudehnen. Die so genannten „Modernisierungen“ bedeuteten die Privatisierung der grundlegenden sozialen Dienste im Gesundheitswesen, im Bildungswesen und in der Sozialversicherung, die Ausarbeitung eines „Plan Laboral“, der dazu bestimmt war, mittels der Repression der existierenden Gewerkschaften „eine freie Gewerk-

schaftsbewegung“ zu entwickeln. Alle diese Maßnahmen zielten gleichzeitig auf die Reduzierung der Macht des Staates und auf die Atomisierung der zivilen Gesellschaft.

Trotz der massiven Verfolgung von Demokraten und Sozialisten, trotz der Ermordung von Tausenden Regimegegnern blieb die Loyalität der Gruppe gegenüber dem Diktator Pinochet unerschütterlich, und ihr Einfluss auf den Diskurs der regierenden Militärmannschaft wurde immer offenkundiger. In El Mercurio wurde das Projekt „eines Bündnisses zwischen den Militärs und den Ökonomen“ offen gefeiert. Man bekannte sich zum politischen Autoritarismus als notwendiger Bedingung für das Wirtschaftsmodell und war sich mit den Militärs darüber einig, dass es darum gehe, die Bedeutung der Politik in der Gesellschaft zu vermindern.

Die Schockbehandlung und die Einschränkung des Staatsapparates hatten verheerende gesellschaftliche Wirkungen auf die Mittelklasse und ihre Entwicklungsaussichten; gleichzeitig war die Arbeitslosigkeit auf bis dahin unbekannte Höhen von weit über 30 Prozent gestiegen. Soziale Kosten dieser Größenordnung hätte man unter demokratischen Verhältnissen nicht zulassen können. Der Autoritarismus war also für die neoliberale „Revolution“ ein lebenswichtiges Element.

Kritische Stellungnahmen von Verbänden, politischen Führern und Kirchenführern wurden als unqualifizierte Behauptungen von Leuten abgetan, die einer der Wissenschaft fremden, vormodernen Welt verhaftet waren. Durch die Tageszeitung El Mercurio erfolgte eine systematische Indoktrination in einem Stil, wie man ihn für die Verbreitung eines Dogmas benutzt. Was Bertolt Brecht in seinem Gedicht „Lob des Kommunismus“ über den Kommunismus gesagt hat, war die Quintessenz dessen, was El Mercurio über den Neoliberalismus schrieb: „Er ist vernünftig, jeder versteht ihn. Er ist leicht. ... Er ist nicht das Chaos, sondern die Ordnung. Er ist das Einfache, das schwer zu machen ist.“

Von der Klassenneutralität, derer sich der „wissenschaftliche“ Neoliberalismus so sehr rühmte, konnte dabei keine Rede sein. Das Zerstörungswerk war nämlich verbunden mit einer ebenfalls beispiellosen Umverteilung von Einkommen und Vermögen zu Ungunsten der ärmeren Schichten der Bevölkerung. Jahrelange extrem hohe Arbeitslosigkeit und gewaltsam gedrückte Löhne sorgten dafür, dass diese Schichten, als nach 1986 wieder Wachstum möglich wurde, einen noch kleineren Anteil an dem geschrumpften Kuchen hatten, so dass Chile eins der Länder in der Welt ist, in denen Einkommen und Vermögen am ungleichsten verteilt sind. Und während die neoliberale Ideologie behauptet, dass die Entfernung der Politik aus dem Wirtschaftsleben die sicherste Garantie dafür biete, dass es zu Diskriminierungen und zu Korruption nicht kommen könne, hat die neoliberale Politik bei der Organisation des Rückzugs des Staates aus der Wirtschaft durch Knebelung der Gewerkschaften und Verschleuderung der Staatsunternehmen

große Teile der Bevölkerung bewusst diskriminiert und der Korruption solchen Vorschub geleistet, dass die Militärs sich sogar gezwungen sahen, einzelne der Chicago Boys in ein – sehr komfortables – Gefängnis zu stecken.

Das bleibende Ergebnis der neoliberalen „Revolution“ besteht aber vor allem darin, dass die so genannten „Modernisierungen“ in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens – Bildungswesen, Gesundheitswesen, Sozialversicherung, Arbeitsordnung, Justiz usw. – eine Atomisierung der Gesellschaft hervorgebracht haben, wie sie in Chile viele Jahrzehnte lang nicht bekannt gewesen war. Die Menschen sind mit aller Macht dazu gebracht worden, nur noch das eigene persönliche Wohlergehen zum Maßstab aller Dinge zu machen. Solidarität – für Friedrich August von Hayek das Kennzeichen der unzivilisierten Urhorde, im Chile vor 1973 aber eine sehr verbreitete Tugend – ist nicht mehr gefragt.

Die Concertación

Als sich 1980 die wirtschaftliche Situation etwas erholte, nutzte Pinochet die Situation, um sich eine maßgeschneiderte Verfassung durch Volksabstimmung genehmigen zu lassen. Sie sah vor, dass er zunächst für acht Jahre Präsident bleiben sollte und danach durch Volksabstimmung noch einmal für weitere acht Jahre bestätigt werden sollte. Die gute Konjunktur hielt aber nicht an: Die lateinamerikanische Schuldenkrise von 1982 führte in Chile noch einmal zu einem ähnlichen Einbruch wie 1975. Wieder sank das Bruttoinlandsprodukt um mehr als zehn Prozent. Und das, obwohl die Chicago Boys dafür gesorgt hatte, dass der chilenische Staat – im Unterschied zu den anderen Staaten Lateinamerikas – praktisch keine Auslandsschulden mehr hatte. Er wurde aber vom Internationalen Währungsfonds auf Geheiß der internationalen Großbanken dazu gezwungen, die hohen Auslandsschulden der privaten Unternehmen zu übernehmen. Der verstaatlichte Sektor der chilenischen Wirtschaft wurde durch die zeitweilige Übernahme vieler Unternehmen daraufhin größer als zu Zeiten Allendes, was aber nur zu einer zweiten Privatisierungswelle führte, die für die mächtigen Wirtschaftsgruppen einen neuen Reibach ermöglichte.

Der ökonomische Rückschlag führte dazu, dass in den frühen achtziger Jahren einige Gewerkschaften und neue soziale Bewegungen aus den Elendssiedlungen, aber auch aus der Mittelschicht, heftige Proteste organisierten, die nicht leicht zu kontrollieren waren. Eine oppositionelle Presse entstand, und die verbotenen Parteien organisierten sich wieder, wenn auch ihre führenden Gestalten darunter litten, dass ihr Bekanntheitsgrad in den langen Jahren der Diktatur sehr stark gesunken war. Mit der 1988 anstehenden Volksabstimmung über eine weitere Amtszeit Pinochets fanden die oppositionellen Bewegungen endlich einen An-

lass, ihre Kraft zu demonstrieren: Das „NO“ (NEIN) zu diesem Vorhaben gewann mit großem Vorsprung. Nun wurden die politischen Parteien wieder zugelassen, Präsidentschafts- und Kongresswahlen für 1989 organisiert.

Wesentlichen Veränderungen in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik wurden allerdings mit der von Pinochet durchgesetzten Verfassung von 1980 enge Schranken gesetzt. Sie ist so gestrickt, dass grundsätzliche oder weitreichende Veränderungen praktisch nur im Konsens mit der Minderheit möglich sind, die sich der Erbschaft verpflichtet fühlt, die die Militärs und die Chicago Boys hinterlassen haben. Dazu kommt ein Wahlgesetz, das die Minderheit stark begünstigt. Von einer Demokratie, in der die Mehrheit die Chance hätte, das Schicksal des Landes in eine andere Richtung zu lenken, ist Chile deshalb vorerst noch entfernt.

Für die Wahlen fanden siebzehn verschieden große Parteien aus dem Mitte-Links-Spektrum zusammen. Tonangebend in dieser Koalition, die sich den Namen „*Concertación por la Democracia*“ (Konzertierung für die Demokratie) gab, waren vor allem die Christdemokratische und die Sozialistische Partei. Sie haben von 1990 bis 2010 viermal die Präsidentschaft erobert, zunächst für die Christdemokraten Patricio Aylwin und Eduardo Frei, dann für Ricardo Lagos und Michelle Bachelet von der Sozialistischen Partei.

In zwei Dingen waren sich die größeren Parteien der *Concertación* schon von Anfang an einig. Erstens sollten die sozialen Bewegungen, die mit ihrem Engagement das NO und die Demokratisierung erst erzwungen hatten, um die Militärs nicht zu provozieren, möglichst keinen Einfluss auf die Parteipolitik erhalten. Und zweitens sollte an der neoliberalen Wirtschaftspolitik möglichst nicht gerührt werden. Hatten die Ökonomen aus den demokratischen Parteien noch bis 1989 die neoliberale Theorie und Praxis aufs Heftigste kritisiert, so liefen sie nun mit fliegenden Fahnen über, um das seit 1986 existierende steile Wirtschaftswachstum nicht zu gefährden. Seither wird jede Abweichung vom Pfad der neoliberalen Tugend als „populistische“ Verblendung aufs Schärfste gebrandmarkt.

Die Präsidenten und Regierungen der *Concertación* haben sich zwar bemüht, innerhalb dieses von ihnen selbst gesteckten Rahmens soziale Verbesserungen einzuführen, sie konnten aber nicht verhindern, dass die Ungleichheit der Verteilung von Vermögen und Einkommen in Chile – neben Brasilien – am stärksten geblieben ist. Seit dem Wahlsieg des rechtskonservativen Präsidenten Sebastián Piñera Ende 2009 rechnete dann überhaupt niemand mehr mit Bemühungen um mehr soziale Gleichheit. Seine Vorgängerin, die Sozialistin Michelle Bachelet (Tochter eines in der Haft der Diktatur zu Tode gekommenen verfassungstreuen Luftwaffengenerals, Folteropfer, Emigrantin in Berlin(Ost), Ärztin, agnostisch, geschieden, alleinerziehende Mutter) hatte schon kurz nach ihrem Amtsantritt 2006 erleben müssen, dass die von der neoliberalen Bildungspolitik vernachläss-

sigten Schülerinnen und Schüler – wegen ihrer Uniformen „Pinguine“ genannt – die Straßen der Städte eroberten. Das Bildungssystem Chiles ist eins der teuersten und zugleich ungerechtesten der Welt. Der leitende Gedanke des von der Diktatur ererbten Systems ist nicht das Recht auf Bildung, sondern die Freiheit der Bildung, sprich: die Freiheit, in Bildungsinstitutionen zu investieren und damit Profit zu machen. Mit Entlassungen von Ministern und Gründung von langsam arbeitenden Kommissionen konnte die Präsidentin diesen Aufstand der „Pinguine“ gerade noch eindämmen.

Eine unter dem Präsidenten Piñera 2011 sich schnell über das ganze Land ausbreitende Studentenbewegung, die mit relativ bescheidenen Reformforderungen ihren Anfang nahm und sich dann mit der Forderung nach kostenloser Erziehung radikalisierte und stark an Unterstützung gewann, ist die erste Bewegung im demokratischen Chile, die am Ende klar gemacht hat, dass ohne einen wirklichen Wechsel des Modells, ohne eine Absage an das Profitstreben als oberstes Prinzip, keine Rückkehr zu einem wirklich demokratischen, solidarischen Chile möglich ist.

Die Ex-Präsidentin Michelle Bachelet, die 2009 nicht wieder kandidieren durfte, wird sich nun im Dezember 2013 erneut zur Wahl stellen. Die Vorwahlen, auf die sich die Parteien der Mitte und der Linken geeinigt hatten, hat sie im Juli haushoch gewonnen, und auch die Kommunistische Partei hat sich entschlossen, sie zu unterstützen. In Umfragen liegt sie weit vor den anderen Bewerbern. Mit ihrem Programm hat sie hohe Erwartungen geweckt, weil sie nicht nur in wichtigen Punkten dem neoliberalen Modell abschwören, sondern auch einen Weg finden will, über Volksabstimmungen und die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung dem Land eine neue, demokratischere Verfassung zu geben. Sollte sie dieses Programm ab 2014 tatsächlich verwirklichen können, wäre Chile auf dem Weg zur Demokratie ein ganzes Stück weiter.